

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2009-01-12

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Telefon: 545 2970

Antrag Drucksache Nr.

02409/2009

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Finanzschirm - Stundung/Erlass der kommunalen Komplementärmittel in Infrastruktur-Investitionen im Rahmen der Finanz- und Konjunkturpakete der Bundesregierung

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen, evt. mit anderen Kommunen und Kreisen gemeinsam praktikable Wege im Rahmen der Konjunkturpakete der Bundesregierung einzufordern. T.: sofort

Begründung

Die Fraktion wird sich einer Wertung über die Schnürung der Finanz- und Konjunkturpakete in Höhe von ca. 600 Milliarden Euro enthalten. Fakt ist jedenfalls, dass mit einem Großteil dieser Gelder, die im übrigen auch fließen und nicht nur Bürgschaften, also „Papierwerte“ darstellen, Institutionen unter die Arme gegriffen wird, die mit Vorsatz Finanzgeschäfte getätigt haben, bei denen kaum eine physische Wertschöpfung vorhanden gewesen ist. Die Beteiligten haben jahrelang nicht nur für einen immensen Schaden gearbeitet, sondern ihre wertvolle Arbeitskraft ebenfalls verschwendet. Gefördert wird z.B. die Hypo Real Estate (HRA) mit 50 Milliarden Liquiditätsmittel und 30 Milliarden Bürgschaften, bei der der dringende Tatverdacht schwerer Straftaten vorliegt – eine groß angelegte Razzia der Staatsgewalt zeugt davon. Die 50 Milliarden fließen – um Liquidität herzustellen und ohne dass der Staat dort Gesellschafter wird. Die Umschreibung mit dem Begriff „Wirtschaftskriminalität“ für diese Machenschaften der weltweiten Finanzwirtschaft wäre noch geschönt, denn es sind Wiederholungsstraftaten (Schrottimmobilien, systematisch geplante Steuerhinterziehungen in Milliarden-Größenordnungen etc. pp.). Es werden multi-nationale Konzerne mit Milliarden-Summen subventioniert, die seit Jahrzehnten unter Verhöhnung von Fachleuten und der grünen nachhaltigen Bewegung Produkte weiterproduziert haben, die nicht nur klimaschädlich und damit zerstörerisch, sondern auch im übrigen in dieser Dimension nutzlos sind.

Demgegenüber hat die Bundesregierung vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten Gesetze erlassen, die über die Massen die kommunale und kreisliche Ebene belasten, ohne dafür einen adäquaten Finanzausgleich zu schaffen – dies ist Fakt. Dies führte auch zu einer erheblichen Verschuldung der Kommunen/Kreise und zu Sparmassnahmen, die bereits in Teilen das Gemeinleben aufs Ärgste strapazieren, und dies in West- wie Ostkommunen. Ein Blick in die Städte des Ruhrgebietes reicht.

Da sich ein Großteil der Infrastruktur-Investitionen auf kommunaler/kreislicher Ebene abspielt, wäre ein „Rettungsschirm“ für diese Ebene angebracht, was illusorisch ist, da lieber Täter- als Opferkreise gefördert werden. Realistisch ist jedoch die Einflussnahme auf die näheren Durchführungsbestimmungen dahingehend, dass die zwingend notwendigen Komplementärmittel von Kommunen/Kreisen gestundet bzw. in langen Ratenzahlungsvereinbarungen münden. Jedenfalls muss sich die Kommunal- und Kreisebene bemerkbar machen.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. i.V. Edmund Haferbeck
Fraktionsvorsitzender